



Erkenntnisse aus dem zweiten Medien-Dialog Migration - 20. August 2025

## EU-Migrations- und Asylopakt: Was die Reform bezweckt, wie sie umgesetzt wird und was sich konkret verändert

Referentinnen:

**Philipp Lutz**, Politikwissenschaftler, Universität Genf und Freie Universität Amsterdam mit **Maud Bachelet**, Doktorandin, Universität Genf

**Adriana Romer**, Juristin bei der schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH)

Die Medien-Dialoge Migration sind ein Gemeinschaftsprojekt der [Caritas Schweiz](#) und des [nccr – on the move](#). Die Online-Workshops ermöglichen den Austausch zwischen Medienschaffenden mit Fachpersonen aus Wissenschaft und Praxis zum Thema Migration und Mobilität. Ihr Ziel ist es, zu einer qualitativ hochwertigen und faktenbasierten Berichterstattung beizutragen, und das Wissen und die Sensibilisierung von Medienschaffenden zu stärken.

**Am zweiten Medien-Dialog Migration des nccr – on the move und Caritas Schweiz sprachen wir über den EU-Migrations- und Asylpakt. Eine umfassende Reform, die viele Erwartungen schürt, aber auch bereits vor der Umsetzung diverse Fragen in Europa und der Schweiz aufwirft. Natalie Avanzino leitete durch die Diskussion.**

**Philipp Lutz** erläuterte zunächst, warum es europäische Solidarität braucht. Zwar schuf bereits das bestehende gemeinsame europäische Asylsystem und die Dublin Verordnungen Klarheit über die Zuständigkeit von Asylgesuchen. Die Zuständigkeit des Erstankunftslandes führt aber dazu, dass Länder sehr unterschiedlich davon betroffen sind. Die Versuche die stark beanspruchten Staaten insbesondere an den Aussengrenzen zu entlasten, scheiterten allerdings bisher. Innenpolitische Interessen der einzelnen Mitgliedsländer stehen europäischer Solidarität im Weg.

Weil der Unmut in den Mitgliedsländern der EU gross ist und das System weithin als dysfunktional gesehen wird, wurde viel in den neuen europäischen Migrations- und Asylpakt investiert. Das Ergebnis konnte als ein starkes Zeichen vor den europäischen Parlamentswahlen präsentiert werden. Aus wissenschaftlicher Perspektive gibt es aber Skepsis, ob sich wirklich viel verändern wird. Die wichtigen Aspekte der bisherigen Dublin-Regeln, insbesondere die der Zuständigkeit des Ersteinreislandes bleiben bestehen. Das sehr komplexe Konstrukt, der fehlende politische Wille in den einzelnen Mitgliedsländern, wie auch die teils bereits vor der Umsetzung ausgerufenen unilateralen Massnahmen lassen darauf schliessen, dass der Pakt die EU-Migrationspolitik nicht revolutionieren wird.

**Adriana Romer** erklärte einleitend, welche Regelungen des EU-Migrations- und Asylpakts für die Schweiz verbindlich sind und wo sie sich freiwillig beteiligen kann. Verpflichtend ist unter anderem das sogenannte Screening, das jeweils vor dem Asylverfahren zur Anwendung kommt. Hier seien die kurzen Fristen und die fehlende Beschwerdemöglichkeit problematisch. Die ausgeweitete Datenübermittlung im Rahmen von Eurodac wirft ebenfalls Fragen auf. Es werden mehr Daten, von mehr Personen (neu von Kindern ab sechs Jahren) übermittelt und für mehr Behörden zugänglich gemacht. Der neue Solidaritätsmechanismus, quasi das Herzstück, ist für die Schweiz freiwillig. Obwohl sie bereits heute im Rahmen der Dublin-Verordnung deutlich mehr Personen an Erstaufnahmeländer überstellt, als sie von anderen Staaten aufnimmt wird die freiwillige Beteiligung am Solidaritätsmechanismus im Parlament kontrovers diskutiert.

Weiter betont Adriana Romer, die Bedeutung von Solidarität innerhalb Europas und vereinheitlichten Mindeststandards bei den Verfahren. Dafür habe es allerdings in der aktuellen EU-Migrationspolitik bereits Grundlagen gegeben. Das Problem liege an der mangelnden konsequenten Durchsetzung. Mit dem jetzigen Paket an Verordnungen werde weder der flächendeckende Zugang zu einem fairen und einheitlichen Asylverfahren, noch die Einhaltung von Mindeststandards oder die Reduktion der Hauptverantwortung der Grenzstaaten adressiert oder verbessert. Und ob damit die angestrebte Unterbindung der Sekundärmigration innerhalb Europas gelingt, ist ebenfalls fraglich.

**Kontakt:**

- Philipp Lutz, [p.lutz@vu.nl](mailto:p.lutz@vu.nl)
- Adriana Romer, [adriana.romer@fluechtlingshilfe.ch](mailto:adriana.romer@fluechtlingshilfe.ch)
- Maud Bachelet, [maud.bachelet@unige.ch](mailto:maud.bachelet@unige.ch)

**Download:**

- [Videoaufzeichnung](#)
- [Präsentationen](#)

**Weiterführende Literatur:**

- Blogbeitrag "[The EU Pact Embraces Member States' Special Proximities Towards Selected Migrant Sending Countries](#)"
- Blogbeitrag "[A New Pact on Migration and Asylum: What Changes for Responsibility-Sharing in the European Union?](#)"
- Policy brief "Europe's divide on immigration: Making responsibility-sharing work" ([Veröffentlichung August 2025](#))
- Vernehmlassungsantwort "[SFH fordert Solidarität bei Schweizer Umsetzung des EU-Pakts](#)"